

Welcher Fluss

Eine Einordnung der Mythen
und Streitpunkte des
Israel-Palästina-Konflikts

und
welches
Meer?

Vorwort	04
1 „Zionismus ist ein rassistischer Siedlerkolonialismus“	08
1.1 Ist Zionismus Rassismus?	10
1.2 Ist Zionismus ein „Siedlerkolonialismus“?	11
2 Die Ursprünge des Konflikts	14
2.1 „Die Nakba ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“	16
2.2 „Die Besetzung ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“	17
2.3 „Antisemitismus ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“	18
3 Ist Israel ein Apartheid-Staat?	20
4 „Der Israel-Palästina-Konflikt ist besonders blutig, alt und unlösbar“	22
5 „Palästina gibt es nicht“	24
6 „Erst der Zionismus brachte die Wüste zum Blühen“	26
7 „Israelische Juden sind ‚weiße Europäer‘“	28
8 Parolen und Symbole	30
8.1 „From the River to the Sea“	31
8.2 Die „roten Hände“	32
8.3 „Yallah, Yallah, Intifada“	33
Literaturhinweise	34

„Wir leben in einem Zeitalter, in dem Millionen von Menschen täglich irgendeiner Form des Arguments ausgesetzt sind, die Herausforderungen ihrer Welt seien am besten mit Bezug auf ‚Israel‘ zu erklären.“

David Nirenberg: Anti-Judaismus.
Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. Aus dem Englischen von Martin Richter.
C. H. Beck, München.

Seit dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und dem Beginn des israelischen Krieges in Gaza ist das komplexe Geschehen des Israel-Palästina-Konflikts, das zusammenfassend meist als „Nahostkonflikt“ bezeichnet wird, erneut Gegenstand vieler privater und öffentlicher Gespräche in aller Welt. Diese Gespräche – oft handelt es sich auch um Gebrüll – sind nicht selten an sich ebenfalls konflikthaft. Häufig identifizieren sich die Gesprächspartner*innen auf die eine oder andere Art, implizit oder explizit, bewusst oder unbewusst mit einer der Konfliktparteien. Keine gute Basis für den Streit in der Sache, den Austausch von Argumenten oder die Suche nach fundiertem Wissen über einen Sachverhalt.

Dass politische Auseinandersetzungen und der Streit um die Durchsetzung von Interessen nicht den Standards wissenschaftlicher Redlichkeit und historischer Quellenkritik entsprechen, kann man bedauern, jedoch wird man damit rechnen müssen. Deswegen aber sollte man es nicht unversucht lassen, Sachlichkeit einzufordern und Wissen zu verbreiten, wo gefährliches Halbwissen, Hörensagen, auch gezielte Propaganda und Lügen weit verbreitet sind.

Die vorliegende Broschüre wurde verfasst, während ein Ende des Kriegs im Gazastreifen nicht absehbar war, internationale Verhandlungen liefen, weltweit Proteste stattfanden, noch immer nicht alle von der Hamas verschleppten Geiseln zurück in Israel waren und insgesamt die Zukunft „zwischen dem Meer und dem Fluss“ weitgehend offen war. Zeitgleich werden zahlreiche Fragen – medial, juristisch, akademisch, politisch – verhandelt, wobei die Ergebnisse noch ausstehen, sofern es sie zweifelsfrei überhaupt wird geben können. Unsere Entscheidung

war daher, hier vornehmlich Begriffe, Topoi und Aspekte in den Blick zu nehmen, über die wir guten Gewissens und auf Grundlage breiter Sachkenntnisse Auskunft geben können. Die Schlagworte sind allesamt nicht neu, viele gehören seit Jahrzehnten zum Repertoire im Reden über den sogenannten Nahostkonflikt. Umso wichtiger erscheinen uns Erläuterungen und Kontextwissen. Ob und inwiefern einzelne Begriffe oder ganze Erzählstränge und deren Verwendung auf bestimmte Arten und Weisen und in diesen oder jenen Kontexten als antisemitisch oder rassistisch zu bewerten sind, ist Gegenstand ernsthafter Diskussionen. An vielen Stellen wird man dies bejahen müssen, gelegentlich bleibt es strittig. Im Folgenden wird auch darauf eingegangen, jedoch ist es nicht die alleinig leitende Fragestellung, mit der wir an die „Mythen“ des Nahostkonflikts herangegangen sind.

Selbstverständlich ersetzt eine solche Broschüre keine vertieften Lektüren, Recherchen oder Reisen in die Region. Sie soll aber allzu schnellen Vorannahmen und Gerüchten vorbeugen helfen oder diese korrigieren. Wer sich bereits fundamental festgelegt hat, wird das eigene Urteil vielleicht nicht revidieren wollen. Viele andere aber suchen nach Orientierung und weiterführenden Hinweisen – an sie richtet sich diese Broschüre.

Nach dem 7. Oktober erreichten die Bildungsstätte Anne Frank hunderte von Anfragen für Fortbildungen und Workshops. Der Bedarf nach Wissen, Handlungsoptionen und Beratung war in Schulen und Institutionen, bei Privatpersonen und der Öffentlichkeit immens. Auch den Politikwissenschaftler Johannes Becke von der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg erreichten viele Anfragen. Eine davon kam von der Bildungsstätte Anne Frank – auch hier bestand im Herbst 2023 der Bedarf nach vertieftem Austausch über „den Nahostkonflikt“. In einem internen Workshop wurden einige der hier vorgestellten Mythen gemeinsam diskutiert. Die vorliegende Broschüre ist nun das erweiterte und systematisch zusammengestellte Ergebnis dieses gemeinsamen Nachdenkens.

1 „Zionismus ist ein rassistischer Siedlerkolonialismus“

1.1 Ist Zionismus Rassismus?

1.2 Ist Zionismus ein
„Siedlerkolonialismus“?

1.1 Ist Zionismus Rassismus?

Durch den Beschluss der UN-Resolution 3379 zur „Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung“ verurteilte ein Großteil der internationalen Staatengemeinschaft bereits im Jahr 1975 Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung analog zur rassistischen Ideologie, die das politische System des südafrikanischen Apartheidregimes prägte und legitimierte. Der Beschluss wurde zwar im Jahr 1991 von der UN-Vollversammlung zurückgenommen, gleichzeitig ist der Vorwurf, beim Zionismus handele es sich um eine Form des Rassismus, nach wie vor präsent und unter anderem häufig als Protestslogan auf sich mit den Palästinenser*innen solidarisierenden Demonstrationen zu hören und zu sehen.

Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem schon seit mehreren Jahrzehnten existierenden Streitpunkt ist daher zunächst ein Exkurs notwendig, der ein Schlaglicht auf die zionistische Bewegung sowie ihren konkreten Entstehungskontext wirft. Beim politischen Zionismus handelt es sich um eine in sich heterogene, internationale Bewegung, die ihren Ausgangspunkt Ende des 19. Jahrhunderts in Europa nahm und auf die Errichtung einer nationalen, jüdischen Heimstätte im Land Israel/Palästina abzielte. Der Begriff „Zionismus“ geht auf den Schriftsteller Nathan Birnbaum zurück und leitet sich dabei von dem Wort „Zion“ ab, dem Namen eines Hügels in Jerusalem und damit ein Synonym für Jerusalem und das ganze Land Israel/Palästina selbst. Damit verweist der moderne Begriff auch auf die vormoderne jüdische Geschichte und die historische Verbindung, die seit der Antike zwischen dem jüdischen Volk und dem Land Israel/Palästina besteht. Als nationale Bewegung entstand der Zionismus vor allem in Reaktion auf den in Europa wachsenden Antisemitismus jener Jahre.

Obwohl das Judentum sich schon immer mehr als „Volk“ definiert hatte und nicht nur als „Religion“, entstand mit dem modernen Zionismus zum ersten Mal in der Moderne die Vorstellung, die Juden seien eine „Nation“, die einen Staat benötige.

Gleichzeitig drückte sich in ihm eine Desillusionierung mit der jüdischen Emanzipation aus, dem Versprechen auf gleichwertige

Anerkennung von Jüdinnen/Juden als Staatsbürger*innen in den unterschiedlichen europäischen Nationalstaaten. Im zaristischen Russland lebte ein Großteil der dort ansässigen Jüdinnen/Juden Ende des 19. Jahrhunderts rechtlich unter vormodernen Bedingungen und war mehreren Pogromwellen ausgesetzt, die in Vertreibung und Mord endeten. Der Antisemitismus bedeutete eine permanente Gefahr, zum Opfer von grundloser Gewalt der eigenen Nachbar*innen werden zu können, ohne dabei vom Staat beschützt zu werden. Dies führte gerade bei jüngeren, politisch aktiven Jüdinnen/Juden zu einem dringenden Wunsch nach radikaler politischer Veränderung. Viele wurden Anhänger*innen revolutionärer Bewegungen, wie z. B. dem Sozialismus.

Auch in Mittel- und Zentraleuropa begann sich Antisemitismus als politische Bewegung zu mobilisieren, die darauf abzielte, die bürgerliche Gleichstellung von Jüdinnen/Juden wieder rückgängig zu machen. Letztendlich war der moderne Zionismus die Antwort auf dieses Phänomen. Ausgangspunkt des wichtigsten Wegbereiters des Zionismus, Theodor Herzl, war dabei die Vorstellung, dass Jüdinnen/Juden sich von einem staatslosen Volk zu einer modernen politischen Nation entwickeln könnten. Dadurch würden sie der Macht der Nichtjuden entzogen und könnten Diskriminierung und Verfolgung entgehen. Viele frühe Zionist*innen vertreten dabei negative und teilweise auch an antisemitische Stereotype angelehnte Ansichten über die „schwache“ jüdische Diaspora, die durch eine „starke“ jüdische Nation ersetzt werden müsse.

Obwohl das Judentum sich schon immer mehr als „Volk“ definiert hatte und nicht nur als „Religion“, entstand mit dem modernen Zionismus zum ersten Mal in der Moderne die Vorstellung, die Juden seien eine „Nation“, die einen Staat benötige. Der Zionismus war darin nicht anders als andere Nationalbewegungen der damaligen Zeit und kann als emanzipatorischer Befreiungsnationalismus einer jahrhundertelang unterdrückten und verfolgten ethnoreligiösen Minderheit verstanden werden. Damit besitzt er Parallelen zu anderen Diaspora-Nationalismen des 19. Jahrhunderts (griechischer oder armenischer Nationalismus), aber auch zu den wenigen Jahrzehnte später entstehenden nationalen Befreiungsbewegungen im Zeitalter der Dekolonisation.

Die zionistische Bewegung war außerdem von Beginn an durch interne Heterogenität und Dissens gekennzeichnet, die ihren Ausdruck in der Ausprägung unterschiedlicher zionistischer Strömungen fand. So unterschieden sich der bürgerlich-liberale Zionismus, der Kulturzionismus, der Arbeiter*innenzionismus oder auch der revisionistische Zionismus sowohl in ihrem Verständnis von „Volk“ und „Nation“ als auch in ihren Umsetzungszielen und ihrem Blick auf die lokal ansässige, palästinensisch-arabische Bevölkerung im Land Israel/Palästina.

Zionistische Denker*innen und Anführer*innen hatten bis in die späten 1920er-Jahre meist ein sehr idealistisches Bild vom zukünftigen Zusammenleben im jüdischen Staat. Oft ausgehend von einer angenommenen „semitischen“ Verwandtschaft zwischen Juden und Arabern, entwarfen Denker*innen des frühen Zionismus blumige Zukunftsszenarien. Außerdem sahen fast alle zionistischen Bewegungen für den zukünftigen jüdischen Staat eine staatsbürgerliche Gleichberechtigung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung vor.

Dennoch war es von Anfang an ein ideologisches Kernelement der zionistischen Bewegung, der arabischen Mehrheit in Palästina

ein politisches Mitspracherecht in der Frage um die Errichtung eines jüdischen Staates abzusprechen: Dass ein jüdisch beherrchter Staat in Palästina entstehen solle, war das erklärte politische Ziel des Siedlungs- und Einwanderungsprojekts und daher nicht verhandelbar. Dies vereinte alle Flügel der zionistischen Bewegung. Ausnahmen beweisen die Regel: Diejenigen, die ein arabisches Mitspracherecht anerkannten, entwickelten alternative Staatsmodelle im Land Israel / Palästina, etwa die Idee eines binationalen Staates.

Dieser Grundwiderspruch war eines der Kernelemente in der Eskalation des Konflikts zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, da sich schon wenige Jahre nach Beginn der politisch-zionistischen Besiedlung und Einwanderung – ungefähr um 1910 – ein weitgehender politischer Konsens gegen den Zionismus in der nicht-jüdischen, arabischen Gesellschaft des Landes Israel/Palästina bildete. Diese machte damals etwa 95 Prozent der Bevölkerung aus.

Die zionistische Bewegung wies die antizionistische Position der arabischen Mehrheit aus drei Hauptgründen zurück:

- 1) Aus einem *befreiungs-nationalistischen* Grund: Viele Zionist*innen sahen den arabischen Anspruch auf Souveränität im Land Israel / Palästinas an und für sich als legitim an. Jedoch seien das Drama der jüdischen Diaspora und Staatenlosigkeit sowie die Bedrohung durch den Antisemitismus Gründe genug, den Zionismus auch gegen dieses legitime arabische Recht durchzusetzen. Das sei eine Tragödie, aber leider unvermeidlich.
- 2) Aus einem *ethno-nationalistischen* Grund: Viele Zionist*innen sahen das Land Israel / Palästina als historisches Heimatland der Juden. Die enge historische Beziehung des jüdischen Volks zu diesem Land übertrumpfe andere Ansprüche.
- 3) Aus einem *paternalistischen* Grund: Die wirtschaftliche Schwäche Palästinas wurde als Beweis gesehen, dass die arabische Bevölkerung das Land vernachlässige. Dadurch seien ihre politischen Anrechte auf das Land geringer.

Die letzten beiden Punkte sind der Hauptgrund, warum dem Zionismus „Rassismus“ vorgeworfen wurde, da das Absprechen eines arabischen Rechtes auf Selbstbestimmung eine Form der rassistisch-kolonialen Abwertung sei. Diesen Aspekt muss man jedoch als Grundbestandteil fast aller Nationalbewegungen jener Zeit ansehen: nationale Ausschluss- und Einschlussmechanismen. In der Hochzeit von Imperialismus, Kolonialismus und Nationalismus entsprachen die wenigsten Nationalbewegungen den Vorstellungen, die wir heute von einer liberal-demokratischen Gesellschaft haben. Die arabische Nationalbewegung ihrerseits z. B. war auch keineswegs nach demokratischen Vorstellungen strukturiert. Ihre Führung wollte auch zu einem Zeitpunkt, als die jüdische Bevölkerung von Verfolgung in Europa bedroht war und bereits einen viel größeren Anteil der Bevölkerung in Palästina ausmachte, keine Zugeständnisse um Land (also eine Zwei-staatenlösung) machen. Mit der Zuspitzung des Konflikts im britischen Mandatsgebiet Palästina in den 1930er-Jahren waren entscheidende palästinensisch-arabische Führer bereit, zum Kampf gegen den Zionismus gemeinsame Sache mit dem deutschen Nationalsozialismus zu machen (siehe Kapitel 2.3). Der Rassismus-Vorwurf, den die arabische Welt und die Sowjetunion in den 1960er- und 1970er-Jahren gegen den Staat Israel richteten, verkannte außerdem die Tatsache, dass die zionistische Bewegung dem UN-Teilungsplan von 1947 zugestimmt hatte –

hier hätten zwei gleichberechtigte Staaten nebeneinander entstehen können, ein jüdischer Nationalstaat und ein arabisch-palästinensischer Nationalstaat.

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass es sich bei der zionistischen Bewegung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen um eine nationale Bewegung handelt, entstanden im 19. Jahrhundert als Reaktion auf den in Europa grassierenden und sich verschlimmerten Antisemitismus, deren vordergründiges Ziel es war, Jüdinnen_Juden Schutz vor eben diesem Antisemitismus in all seinen Ausprägungen zu bieten. „Rassistisch“ war die zionistische Bewegung insofern, als dass jedem Nationalismus – auch befreiungsnationalistischen Bewegungen – Ausschlussmechanismen gegen Außenseiter*innen und der alleinige Anspruch auf politische Macht in einem bestimmten Territorium zu eigen sind. Im Falle des Zionismus war dieser Aspekt des Ausschlusses durch die Existenz einer Bevölkerung mit eigenen nationalen Aspirationen auf dem vorgesehenen Territorium des jüdischen Staates besonders akzentuiert. Auf der anderen Seite wird er durch die objektiv gegebene Wichtigkeit eines jüdischen Schutzraumes gegen Antisemitismus relativiert.

Daher sollte eine Kritik an rassistischer Ausschlusspraxis im modernen Nationalismus sich nicht, wie es oft geschieht, mit einer verdächtigen Ausschließlichkeit nur gegen den jüdischen Staat richten, sondern sie sollte in eine allgemeine Kritik der Probleme in modernen Nationalstaaten münden.

1.2 Ist Zionismus ein „Siedlerkolonialismus“?

Der Vorwurf, dass es sich bei Israel um einen „siedlerkolonialen Staat“ handele, ist bereits viele Jahrzehnte alt. Als erstes wurde er von palästinensischen Intellektuellen schon in den 1960er-Jahren erhoben. Heute ist er zu einem Zentralargument des linken Antizionismus geworden, wie er sich weltweit artikuliert. Doch was ist ein „siedlerkolonialer Staat“? Der Begriff erklärt sich nicht von selbst, und hat mehrere umstrittene Definitionen.

Daher ist zunächst ein kurzer Exkurs notwendig, der sich folgenden Fragen widmet: Was ist unter (Siedler-) Kolonialismus zu verstehen? Danach kann die Frage beantwortet werden, in welchem Verhältnis Zionismus und (Siedler-) Kolonialismus zueinander stehen.

Der Begriff des „Kolonialismus“ bezeichnet im Allgemeinen ein Herrschaftsverhältnis, das auf die Eroberung fremder Territorien sowie deren wirtschaftliche Ausbeutung abzielt. Unterwerfung, Versklavung bis hin zum Genozid der lokal ansässigen Bevölkerungen waren dabei zentrale Herrschaftselemente des europäischen Kolonialismus seit dem 15. Jahrhundert. Rassismus fungierte als legitimierende Leitideologie. Vergleichbare Formen von territorialer Expansion und Besiedlung lassen sich auch in anderen vormodernen Imperien beobachten, darunter die arabisch-islamischen Imperien, das russische Zarenreich, das Osmanische Reich, oder das Kaiserreich China. Vom Kolonialismus gesondert betrachtet wird oft der „Siedlerkolonialismus“, also das Unterfangen, ein kolonisiertes Gebiet nicht nur zu beherrschen, sondern mit der eigenen Bevölkerung zu besiedeln. Dabei kann es zur Unterdrückung, Verdrängung oder sogar Zerstörung der einheimischen Bevölkerung kommen.

Verschiedene Formen sind möglich: In Südafrika gründete das siedlerkoloniale System ab Mitte des 20. Jahrhunderts auf einem klaren System wirtschaftlicher Ausbeutung. In Algerien und Sibirien war das Ziel der Anschluss des Landes an das französische bzw. russische Mutterland unter der Herrschaft der Zentralmacht in Paris und Moskau. Die britische Besiedlung Nordamerikas und Australiens strebte die Vertreibung und Verdrängung von Native Americans und Aborigines an, um Platz für britische Siedler*innen zu machen. In vielen Fällen waren die tatsächlichen Siedler*innen dabei im Mutterland eine eher marginalisierte Gruppe gewesen, die dann das politische Projekt der Kolonierung vorantrieb, weil sie sich Wohlstand oder mehr Freiheit erhoffte. Das berühmteste Beispiel sind die selbst unter religiöser Unterdrückung leidenden Puritaner*innen aus England, die die wichtige Kolonie „Neuengland“ in Nordamerika gründeten.

Wie ordnet sich jetzt der Zionismus in diese Geschichte ein bzw. nicht ein?

Wie bereits erklärt, handelt es sich bei der zionistischen Bewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts um eine Reaktion auf den in Europa erstarkenden Antisemitismus und die von vielen europäischen Jüdinnen_Juden zunehmend als gescheitert empfundene jüdische Emanzipation. Die zionistische Bewegung kann dementsprechend als Form eines emanzipatorischen Befreiungsnationalismus einer jahrhundertelang unterdrückten und verfolgten ethno-religiösen Gruppe angesehen werden. Das ist ein klarer Unterschied zum Siedlerkolonialismus, obwohl – wie erwähnt – auch hier oft marginalisierte Gruppen die eigentliche Siedlungsbevölkerung darstellten.

Ein markanter Unterschied zwischen dem Zionismus und anderen siedlerkolonialen Bewegungen ist zudem die enge religiöskulturelle Verbindung von Jüdinnen_Juden mit dem Land Israel / Palästina. Die Vorstellung, dass das Land Israel / Palästina das historische Heimatland des jüdischen Volkes sei, war kein Mythos, sondern eine nachweisbare Tatsache, die sich das jüdische Volk zudem kulturell über die Zeit der Diaspora tradiert hatte – u. a. über Gebete, Kunstgegenstände und Pilgerfahrten. Zudem bestand über die Jahrhunderte hinweg immer im Land Israel / Palästina (und in umliegenden Gebieten) eine lebendige jüdische Gemeinschaft, nicht zuletzt in Jerusalem. Insbesondere aus der Sicht überzeugter zionistischer Jüdinnen_Juden konnte Zionismus daher a priori kein Siedlerkolonialismus sein – wurde doch das Land Israel /

Palästina verstanden als die ewige Heimat des jüdischen Volkes, auf deren Verlust 1800 Jahre Leidensgeschichte zurückgingen. Diese Sichtweise kann zwar kritisch betrachtet werden – aber ohne sie kann der Zionismus nicht verstanden werden.

Der Zionismus repräsentierte keinen Staat und schon gar keine Weltmacht, sondern eine sich als staatenlose Diaspora betrachtende Gemeinschaft von Menschen mit verschiedenen Staatsbürgerschaften.

Ferner hatte die zionistische Bewegung auch kein europäisch-koloniales Mutterland, das mit ihrer Hilfe anstrebe, seine politischen und wirtschaftlichen Grenzen zu erweitern. Der Zionismus repräsentierte keinen Staat und schon gar keine Weltmacht, sondern eine sich als staatenlose Diaspora betrachtende Gemeinschaft von Menschen mit verschiedenen Staatsbürgerschaften. Andererseits verfügte der Zionismus in der entscheidenden Phase zwischen den 1920ern und späten 1930ern über die Unterstützung einer europäischen Kolonialmacht, nämlich des britischen Empires. Dieses hatte mit der Balfour-Deklaration von 1917 die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte im Land Israel / Palästina zum außenpolitischen Ziel gemacht und sich außerdem, zumindest anfangs, von einem Protektorat in Palästina langfristigen geopolitischen Einfluss im Nahen Osten erhofft. Trotz der marginalisierten Rolle der Jüdinnen_Juden in Europa spiegelten die finanziellen und organisatorischen Ressourcen des Zionismus ebenfalls die europäische Überlegenheit gegenüber den Gesellschaften des Nahen Ostens wider. Aus Sicht der arabischen Bevölkerung waren daher die erwähnten Differenzen zum Siedlerkolonialismus nicht so groß wie das aus jüdischer Sicht der Fall war.

Daher beinhaltete die zionistische Bewegung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen auch Elemente, die als (siedler-)kolonial bezeichnet werden können. Auch wenn es von Beginn an Strömungen innerhalb der zionistischen Bewegung gab, die die arabisch-palästinensische Bevölkerung im Blick hatten und auf Koexistenz abzielten, spielte der politische Wille der arabischen Mehrheit bei vielen Vordenker*innen der zionistischen Bewegung keinerlei Rolle – bis zu dem Punkt, als er sich ablehnend artikulierte. Schlussendlich war das Ziel der zionistischen Bewegung die Bewegung einer Gruppe – des jüdischen Volkes – in ein anderes Land, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft. Zudem war der Blick des europäischen Zionismus auf die arabisch-palästinensische Bevölkerung und auf nahöstliche Jüdinnen_Juden von kolonialen Ressentiments geprägt: Beide Gruppen (arabische Palästinenser*innen und nahöstliche Jüdinnen_Juden) wurden als traditionell-

rückständige Elemente betrachtet, die vom Zionismus als zivilisatorischer Modernisierungsbewegung profitieren würden.

Diese Übernahme eines westlich-kolonialen Blicks auf die eigene Gesellschaft und die eigene Region finden wir in den meisten nahöstlichen Gesellschaften: Die Verbindung von westlicher Bildung und modernen Herrschaftsinstrumenten führte

nicht nur in der israelischen Geschichte zu einer starken Machtasymmetrie zwischen einer Modernisierungs-Elite und einer abhängigen Peripherie – vergleichbare Elemente lassen sich ohne Schwierigkeiten in der türkischen, persischen und arabischen Nationenbildung aufzeigen.

Neben kolonialen Elementen finden wir aber auch starke antikoloniale Bezüge in der israelischen Geschichte: Wie viele Befreiungsnationalismen war der Zionismus stark von westlichen Vorbildern beeinflusst, zielte dabei aber auf die

Rückkehr zur eigenen Sprache (Hebräisch), die Rückeroberung des eigenen Heimatlandes (das Land Israel) und die Wiederherstellung einer als authentisch betrachteten eigenen nationalen Identität (jüdische Souveränität). Gerade diese jüdische Souveränität musste dabei im bewaffneten Kampf gegen die britische Kolonialmacht erreicht werden: Der britische Rückzug aus dem Land Israel / Palästina war auch eine Reaktion auf einen jahrelangen Kampf der verschiedenen zionistischen Milizen, die sich teils mit Terrorismus und teils mit Guerilla-Methoden gegen den britischen Imperialismus richteten.

Spätestens mit der Gründung des Staates Israel folgte eine postkoloniale Dimension der jüdisch-israelischen Geschichte.

Spätestens mit der Gründung des Staates Israel folgte eine postkoloniale Dimension der jüdisch-israelischen Geschichte: Mit dem Ende des europäischen Kolonialismus begann eine weltweite Phase von staatlichen Neugründungen, deren Nationenbildung von Fortschrittoptimismus und technologischer Hochmoderne geprägt waren: Auch Israel war von diesem postkolonialen Kult der Machbarkeit geprägt, etwa durch Neugründungen von Städten oder allzu optimistischen Modernisierungsprojekten wie dem Austrocknen der Hula-Ebene in Galiläa. Mit dem Harvard-Historiker Derek Penslar lässt sich daher festhalten, dass wir in der israelischen Geschichte koloniale, antikoloniale und postkoloniale Elemente unterscheiden können.¹

In der heutigen Gesellschaft Israels ist es vor allem die Siedlerbewegung in den besetzten Gebieten, die durch das Prisma des „Siedlerkolonialismus“ betrachtet wird. Bis heute legitimieren Siedler*innen sich damit, dass die Landnahme von Araber*innen ein Kernelement des Zionismus sei. Die Gewalt der radikalen Siedlerbewegung gegen palästinensische Zivilist*innen und ihr Eigentum verfolgt zudem erklärtermaßen das Ziel des „Verdrängens durch Siedeln“. Unter der aktuellen israelischen Regierung verschmilzt diese Gewalt immer mehr mit dem Staatsapparat Israels selbst. Aber auch hier ist die Situation im Bezug auf Ideen des „Siedlerkolonialismus“ ambivalent, da Siedler*innen sich gerade nicht als „fremde europäische Eroberer*innen“ mit zivilisatorischem Anspruch sehen, sondern als „indigene Rückkehrer*innen“.

Die Behauptung, Israel sei auch im 21. Jahrhundert eine „siedlerkoloniale“ Gesellschaft, impliziert meist bestimmte Annahmen darüber, wie diese Gesellschaft strukturiert sei. „Siedlerkoloniale“ Gesellschaften, entsprechend gängigen postkolonialen Theorien, würden sich selbst durch die Unterdrückung anderer Gruppen definieren. Die Aufgabe der Unterdrückung käme ihnen wie eine Aufgabe der eigenen Identität vor. Daher könnten siedlerkoloniale Gesellschaften nicht reformiert werden, und müssten (gewaltsam) abgeschafft werden. Die Absolutheit dieser These lässt sich leicht widerlegen: Selbst die siedlerkoloniale Gesellschaft par excellence, nämlich das weiße Apartheid-Südafrika, wurde schlussendlich durch eine Reformbewegung (unter der Führung Nelson Mandelas) überwunden. Daher ist die Behauptung, die „siedlerkoloniale“ Natur Israels bedinge eine dauerhafte Unterdrückung der Palästinenser*innen, offensichtlich falsch – auch angesichts der mehrfachen israelischen Bereitschaft zu einer Zweistaatenlösung in den vergangenen 90 Jahren. Dieses Narrativ ist daher weniger als Analyse der israelischen Gesellschaft zu sehen, und mehr als Unterstützung der Kompromisslosigkeit palästinensischer militanter Gruppen: Für deren Gewalt soll so eine Rechtfertigung gefunden werden. Der Begriff des „Siedlerkolonialismus“ wird dann von einer streitbaren, aber politisch unproblematischen historischen Analysekategorie zu einer politischen Verabsolutierung und Delegitimierung.

Gleichzeitig am deutlichsten und am problematischsten wird das, wenn der Begriff des „Siedlerkolonialismus“ direkt auf alle israelischen Jüdinnen_Juden als „Siedler*innen“ ausgeweitet wird. Damit werden sie – wie man gut in arabischen Medien wie Al-Jazeera und zunehmend in globalen linken Diskursen sehen kann – oft zu Freiwild erklärt, denn Gewalt gegen „Siedler*innen“ sei schließlich legitimer Widerstand. In dieser Verwendung kann das Konzept des Siedlerkolonialismus geradezu genozidale Ausprägungen annehmen.

¹ Penslar, Derek Jonathan. „Is Zionism a Colonial Movement?“ In Israel in History. The Jewish State in Comparative Perspective, 90–111. London and New York: Routledge, 2007.

Die Ursprünge des Konflikts

- 2.1 „Die Nakba ist
der Ursprung des Israel-
Palästina-Konflikts“
-
- 2.2 „Die Besetzung ist
der Ursprung des Israel-
Palästina-Konflikts“
-
- 2.3 „Antisemitismus ist
der Ursprung des Israel-
Palästina-Konflikts“
-



2.1 „Die Nakba ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“

Der Begriff „Nakba“ (arabisch „Katastrophe“) wird von Palästinenser*innen verwendet, um die Flucht und Vertreibung im Zuge des Bürgerkrieges zwischen jüdischen und arabischen Parteien im Mandatsgebiet Palästina, des Krieges nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung und dem Einmarsch der arabischen Nachbarstaaten im Mai 1948 zu beschreiben. Schätzungen zufolge verloren ca. 750.000 Palästinenser*innen ihre Heimat, weil sie vor den Kampfhandlungen flüchteten oder von israelischen Streitkräften vertrieben wurden. In den folgenden Jahren erfolgte eine ähnlich große Zuwanderung nahöstlicher Jüdinnen_Juden nach Israel, die entweder vertrieben wurden oder angesichts der für Jüdinnen_Juden immer schwieriger werdenden Zustände in der arabischen und islamischen Welt auswandern mussten.

Auch wenn sich um die Nakba-Erzählungen (wie bei vielen nationalen Erzählungen) zahlreiche Mythen ranken, sind Flucht und Vertreibung selbst *kein Mythos*.

Die Nakba ist Teil palästinensischer Identität, das mit den Ereignissen verknüpfte Leid ist sowohl eine (familien-) biographische als auch historische Realität. Auch wenn sich um die Nakba-Erzählungen (wie bei vielen nationalen Erzählungen) zahlreiche Mythen ranken, sind Flucht und Vertreibung selbst *kein Mythos*.

Die Tatsache, dass die Nakba eine zentrale Stellung in der palästinensischen Nationalerzählung einnimmt, führt oft dazu, dass sie als Ausgangspunkt für den israelisch-palästinensischen Konflikt genommen wird. Dies stellt aber historisch gesehen eine Verkürzung dar. Zum Zeitpunkt der israelischen Staatsgründung war der Konflikt zwischen arabischen und jüdisch-zionistischen Einwohner*innen und Einwanderer*innen bereits seit Jahrzehnten im Gange. Die Geschichte dieser Auseinandersetzung lässt sich bis zur ersten Einwanderungswelle (hebräisch „Aliyah“) in den 1880er-Jahren zurückverfolgen.

Der Konflikt eskalierte besonders ab den 1920er-Jahren, als die Briten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg die Verwaltung des Mandatsgebiets Palästina übernahmen und sowohl der arabischen als auch der jüdischen Nationalbewegung einen eigenen Staat in Aussicht stellten.

Aus arabischer Sicht war die zionistische Einwanderung ein Versuch, die politischen und demografischen Realitäten ihres Landes unter dem Zwang einer Kolonialmacht zu ändern, um das Land einem anderen Volk zu übereignen. Aus zionistischer Sicht war die Einwanderung Teil der Herstellung eines nötigen Schutzraumes für das jüdische Volk, und der Wiederherstellung von historischer Gerechtigkeit nach 1800 Jahren Diaspora.

Mit der steigenden Anzahl jüdischer Einwanderer*innen ab den 1930er-Jahren, die wegen der nationalsozialistischen Verfolgung aus Europa flüchten mussten, stieg auch die politische und zum Teil gewaltsame Mobilisierung der arabischen Bevölkerung, die schließlich im „arabischen Aufstand“ (1936–1939) eskalierte.

Die jüdisch-zionistische Seite versuchte – besonders angesichts der Berichte über die antisemitische Verfolgung in Europa – so vielen Jüdinnen_Juden wie möglich die Flucht ins Land Israel/Palästina zu ermöglichen sowie politische, ökonomische und militärische Strukturen für die Gründung eines jüdischen Nationalstaates zu schaffen. Gleichzeitig versuchte die arabisch-palästinensische Seite, die Einwanderung weiterer jüdischer Flüchtlinge zu verhindern und ihrerseits einen arabischen Nationalstaat zu gründen, den man sowohl durch britische Versprechen wie auch durch das Recht auf Selbstbestimmung der einheimischen Mehrheit als legitimiert ansah.

Mit dem arabischen Aufstand und dem Bürgerkrieg gingen auch innerarabische Konflikte zwischen radikalen nationalistischen und moderateren, für Verständigung stehenden Parteien einher, bei denen erstere sich durchsetzen konnten und Anhänger*innen anderer Parteien ausschalteten oder selbst zur Flucht zwangen. Die wichtige Führungsfigur der arabischen Palästinenser*innen, der von den Briten eingesetzte Großmufti Amin al-Husseini, schlug sich dabei auf die Seite der Nazis, die er als Verbündete gegen die imperialistischen Briten und gegen das zionistische Projekt ansah. Dieser inner-palästinensische Bürgerkrieg, der nicht nur zwischen der arabischen und der jüdisch-zionistischen Seite geführt wurde, sondern sich jeweils auch gegen die britische Mandatsmacht richtete, mündete am 14. Mai 1948 in die israelische Staatsgründung nach dem Rückzug Großbritanniens aus dem Mandatsgebiet. Als Folge darauf griffen mehrere arabische Staaten (vor allem Ägypten, Jordanien und Syrien) den neuengründeten Staat Israel an. Israel gewann jedoch den Krieg und es kam sowohl zu massenhafter Flucht wie auch Vertreibung von Araber*innen aus Israel, und in kleinerem Maße zur Vertreibung von Jüdinnen_Juden aus dem heutigen Westjordanland. Festgeschrieben wurde die Vertreibung durch die israelische Weigerung, eine Rückkehr der Flüchtlinge zu erlauben.

Die arabischen Palästinenser*innen, die 1947-49 vertrieben wurden oder flüchten mussten, fanden zum großen Teil Aufnahme in den unmittelbaren Nachbarländern. Dort leben sie und ihre Nachkommen auch heute noch in den meisten Fällen unter menschenunwürdigen Bedingungen in prekären eigenen Stadtvierteln, die als Flüchtlingslager häufig unter der Aufsicht eines eigenen UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge und ihre Nachkommen stehen (UNRWA, United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East). Ihre Zahl hat sich von ca. 750.000 auf fast 6 Millionen (UNHCR, 2022) vervielfacht, in den meisten arabischen Staaten (mit der Ausnahme Jordaniens) werden ihnen sowohl die Einbürgerung als auch der Zugang zum Arbeitsmarkt und Bildungssystem verweigert oder erschwert.

Das von den Geflüchteten und vielen (pro-) palästinensischen Organisationen geforderte „Recht auf Rückkehr“ gehört seit Jahrzehnten zu den zentralen Streitpunkten im Konflikt. Gegen die Einwanderung von Millionen von palästinensischen Araber*innen in sein Kernland wehrt Israel sich – denn es würde die Existenz Israels als jüdischen Staates zunichte machen.

Die Nakba ist damit ein (wenn auch entscheidendes) Kapitel in einem über hundert Jahre andauernden Konflikt zweier Nationalbewegungen um ein und dasselbe Territorium. Sie ist weder sein Ausgangspunkt, noch ist – wie diese Position oft suggeriert – mit der Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auch der gesamte Konflikt gelöst.

2.2 „Die Besatzung ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“

In den Diskussionen um den israelisch-palästinensischen Konflikt trifft man immer wieder auf den Begriff der Besatzung. Für viele stellt „die Besatzung“ den Kern des Konfliktes dar, dementsprechend steht die Forderung nach ihrer Beendigung im Zentrum vieler politischer Positionierungen. Dabei gilt es begrifflich zu unterscheiden, was mit „der Besatzung“ gemeint ist. Zur Vereinfachung unterscheiden wir zwei Lesarten.

Die eine interpretiert den gesamten jüdischen Staat und die Existenz jüdischer politischer Souveränität auf dem Gebiet des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina als eine Besetzung arabischen Landes – die andere betrachtet das Westjordanland und Gaza als besetzte Gebiete, die nicht dauerhaft unter israelischer Herrschaft verbleiben dürften.

Da in der internationalen Staatengemeinschaft ein fester Konsens herrscht, dass Israel ein legitimer Staat ist, stellt die erste Lesart keine Kritik an „der Besatzung“ dar, sondern nur eine terminologisch leicht variierte Forderung nach der Zerschlagung des Staates Israel. Solche Forderungen begegnen uns in Teilen des arabischen Nationalismus, des politischen Islams und nicht zuletzt in der Rhetorik des Irans und der vom Iran unterstützten Milizen wie der Hisbollah oder der Hamas. Daher fokussieren wir uns auf die zweite Lesart. Sie bezieht sich auf Gebiete, die Israel während des Sechstagekrieges 1967 besetzte (erobert wurden sie jedoch nicht von einem palästinensischen Staat, sondern von den arabischen Nachbarstaaten): Das Westjordanland (oder auch „die

Westbank“) und Ost-Jerusalem von Jordanien, der Gazastreifen (und die im Zuge des Friedensabkommens von 1979 zurückgegebene Sinai-Halbinsel) von Ägypten und die Golan-Höhen von Syrien.

Unterschiedliche israelische Regierungen waren grundsätzlich dazu bereit, besetzte Gebiete zu räumen, um Frieden zu erlangen.

Mit der militärischen Kontrolle ging auch eine zivile Besiedlung einher, die sich vor allem mit der Übernahme der rechtskonservativen Likud-Regierung Ende der 1970er-Jahre intensivierte. Die Siedlungsbewegung selbst zog ihre Motivation aus religiös motivierten Besitzvorstellungen, nach denen das Land als alleiniger Besitz des jüdischen Volkes angesehen wurde und wird. Das politische Establishment tolerierte und förderte die Besiedlung einerseits, weil man sie als Fortsetzung des ursprünglichen zionistischen Ideals ansah und andererseits aus Überzeugung über die strategische Notwendigkeit, Israels Grenzen im Vergleich zum Waffenstillstand von 1949 zumindest potenziell zu verändern. Diese Siedlungsbewegung stellt heute mehr denn je den entscheidenden Faktor dar, der die israelische Gesellschaft nach rechts zieht – denn die Siedlungsbewegung braucht zum Überleben eine rechte Hegemonie im Land. Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada (2000-2005) wurde diese rechte Hegemonie Wirklichkeit, da das Kernprojekt der israelischen Linken – Land im Austausch für Frieden – zunehmend losgelöst wirkte von der Wirklichkeit des Terrorismus von militanten Gruppen wie der Hamas.

Dennoch waren unterschiedliche israelische Regierungen grundsätzlich dazu bereit, besetzte Gebiete zu räumen, um Frieden zu erlangen. So geschah es im Rahmen des Friedensschlusses mit Ägypten 1979, für den Israel die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgab und sämtliche Siedlungen räumte und auch 2005, als sich Israel aus dem Gazastreifen zurückzog und die Siedlungen von etwa 8000 Israelis geräumt wurden. Im Zuge des Oslo-Friedensprozesses in den 1990er-Jahren zog sich die israelische Armee auch im Westjordanland aus Teilen des Gebietes zurück, in der die neu gegründete Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die Kontrolle übernehmen sollte – auf dieser Basis sollte ein palästinensischer Staat entstehen.

Israel ist nicht der einzige Staat, der umstrittene Territorien militärisch besetzt hält: Allein im Nahen Osten und Nordafrika lässt sich auf die türkische Besetzung Nordzyperns verweisen, auf die marokkanische Besetzung der Westsahara, auf die syrische Besetzung des Libanon (bis 2005) und auf die türkische Militärpräsenz im kurdischen Nordsyrien sowie im kurdischen Nordirak. Auch das israelische Muster einer Siedlungspolitik ist weniger außergewöhnlich, als dies von der palästinensischen Nationalbewegung dargestellt wird: Fast alle expansionistischen Staaten der postkolonialen Welt – China, Indonesien, Marokko – verknüpften militärische Kontrolle mit der Ansiedlung ihrer eigenen Staatsnation, um umstrittene Gebiete (Tibet, Xinjiang, Ost-Timor, Westsahara) enger an sich zu binden.

Aber wie lässt sich die israelische Besatzung beenden?

Auf der einen Seite stellen internationaler Druck und die finanziellen und moralischen Kosten der Besetzung Faktoren für den Rückzug dar. Auf der anderen Seite sind langfristige strategische Überlegungen über die Verteidigungsfähigkeit des Landes, die konkrete Gefahr von Angriffen auf Israel – wie am 7. Oktober 2023 – und vor allem auch der ideologische Druck der Siedlerbewegung und ihrer Unterstützer*innen Faktoren, die gegen einen Rückzug sprechen. Je mehr in Israel aber das Bewusstsein über die Existenz einer militärischen Besetzung weicht und ersetzt wird durch die ideologische Position, dass es gar keine Besetzung gäbe – da die entsprechenden Gebiete legitimer Teil des jüdischen Heimatlandes seien – desto schwerer wird eine zukünftige Lösung. Deshalb reden viele Kritiker*innen der Besetzung mittlerweile von „schleichender Annexion“ oder einer „Einstaaten-Realität“, um auf die immer schwierigere Entwirrung zwischen Israel in seinen völkerrechtlichen Grenzen und den Siedlungen hinzuweisen.

Solange jedoch auf der Gegenseite Kräfte wie Hamas, Hisbollah und die Islamische Republik Iran eine klare Agenda der Zerstörung des Staates Israel verfolgen, ist klar, dass die Besetzung nicht der alleinige Grund für den Konflikt ist. Es ist zwar erlaubt zu spekulieren, ob ein energisches Vorantreiben der Zweistaatenlösung zu einem früheren Zeitpunkt die Ideologie und das Wachstum dieser Gruppen ausgebremst hätte, doch das ist keine Gewissheit. Daher kann ein einseitiger Rückzug auch nur schwer von einem Staat verlangt werden, der sich verteidigen muss. Für eine langfristige Lösung des Konfliktes ist jedoch völlig klar: Eine Zwei-Staaten-Lösung funktioniert nur mit dem israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten – und der Errichtung eines eigenständigen Staates Palästina.

Israel / Palästina eine Zusammenarbeit abgelehnt und mit antisemitischen Pogromen versucht, die Juden zu vertreiben. Manche behaupten sogar, die „palästinensische Identität“ sei überhaupt erst erfunden worden, um den Juden zu schaden und ihnen ihren legitimen Anspruch auf das Land zu verwehren.

Tatsächlich ist die Rolle von Antisemitismus im Konflikt deutlich komplizierter. Judenfeindschaft hat Politik und Geistesgeschichte der palästinensischen Seite vom Beginn des Konfliktes bis in die heutige Zeit geprägt, darf aber nicht als alleinige Ursache des Konflikts angenommen werden oder gar mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus gleichgesetzt werden, da sowohl der Ursprung, als auch seine gesellschaftliche Rolle klar verschieden sind.

Judenfeindliche Stereotype verschiedener ideengeschichtlicher Herkunft waren bei Palästinenser*innen schon lange vor dem Zionismus verbreitet, nicht zuletzt durch den Einfluss christlich-europäischer Missionar*innen im Nahen Osten. Zum einen ist da der christliche Antijudaismus, der den Juden eine besonders negative Stellung im religiösen Kosmos zuschreibt: Die Juden als „Gottesmörder“, die den aus ihrem Volk hervorgegangenen Messias Jesus Christus ermordet hätten. Zum anderen waren traditionelle muslimische Stereotype gegen Juden verbreitet, nach denen die Juden eine besonders schwache und verächtliche Gruppe seien, die den Anspruch auf Selbstverwaltung und Souveränität verwirkt hätten. Auch der moderne Antisemitismus mit seinem Glauben an die jüdische Weltverschwörung hatte bereits um 1900 eine gewisse Bekanntheit gerade bei intellektuellen Eliten erlangt, die mit europäischer Bildung vertraut waren.

Vor dem Beginn des arabisch-zionistischen Konflikts hatten Jüdinnen / Juden seit Jahrhunderten einigermaßen friedlich, allerdings in einer niedrigen gesellschaftlichen Stellung im Osmanischen Reich gelebt, auch in den arabischsprachigen Provinzen, die wir heute als Israel / Palästina beschreiben würden.

Das lag einerseits an der religiösen Hierarchie unter islamischer Herrschaft, in der Nicht-Muslime (Ahl al-Dhimma, also Schutzbefohlene) zwar Rechtsautonomie, aber keine Souveränität besaßen und von Machtpositionen in Staat und Militär systematisch ferngehalten wurden.

Relativ bald nach Beginn der zionistischen Siedlungs- und Einwanderungspolitik begannen palästinensische Politiker, Geistliche und Intellektuelle, die zionistische Bewegung durch die Brille antijüdischer Stereotype zu sehen.

2.3 „Antisemitismus ist der Ursprung des Israel-Palästina-Konflikts“

Ein häufiges Argument im Israel-solidarischen Milieu ist die Vorstellung, dass der Konflikt zwischen Israel / Palästina auf den Judenhass der arabischen Bevölkerung zurückgeführt werden könne: Anstatt die zionistische Besiedlung zu begrüßen und sich in die Vision eines jüdischen Staates einzureihen, hätte die arabisch-palästinensische Mehrheitsbevölkerung des Landes

Genauso wichtig war die Tatsache, dass die kleinen und versprengten jüdischen Gemeinschaften des östlichen Mittelmeerraums keine eigenen Milizen besaßen, die sie vor Angriffen schützten. Andere regionale Minderheiten wie die christlichen Maroniten oder die Drusen waren ebenfalls keine sunnitischen Muslime, aber historisch in deutlich stärkeren Positionen, da sie wehrhaft organisiert waren.

Relativ bald nach Beginn der zionistischen Siedlungs- und Einwanderungstätigkeit begannen palästinensische Politiker, Geistliche und Intellektuelle, die zionistische Bewegung durch die Brille antijüdischer Stereotype zu sehen: Christliche Intellektuelle unterstellten den Juden eine ewig währende Boshaftigkeit. Muslimische Geistliche warnten davor, einem verächtlichen Volk wie den Juden dürfe sich kein stolzer Araber unterwerfen. Und aus dem Baukasten des modernen Antisemitismus kamen die Vorwürfe der Geldgier und des Verderbens moralischer Sitten hinzu.

Wie schwierig das Thema jedoch ist, zeigt sich am immer wiederholten arabischen Vorwurf, der Zionismus sei eine „Verschwörung“ gegen die Araber Palästinas. In der Tat war die zionistische Bewegung eine Kampagne zur Errichtung einer jüdischen Mehrheit und eines jüdischen Staates in einem Gebiet, in dem zu dem Zeitpunkt eine große nicht-jüdische Mehrheit lebte. Diese Bewegung als eine „Verschwörung gegen das arabische Palästina“ zu sehen trug zwar definitiv dazu bei, den Konflikt zu eskalieren, war aber keine auf antijüdischen Stereotypen basierende Erfahrung, sondern eine plausible nationalistische Interpretation des Zusammenstoßes zwischen zwei modernen Nationalbewegungen in der Zeit des Imperialismus. Anders als NS-Deutschland hatte die palästinensisch-arabische Bevölkerung moderne antisemitische Ideologie in nur geringem Maße selbst hervorgebracht. Der moderne Antisemitismus in Europa war eine irrationale, verschwörungstheoretische und schließlich genozidale Reaktion auf erlebte Krisenzustände – in Palästina dagegen wurde dieser Antisemitismus eher als Reaktion auf einen bereits entstehenden politischen Territorialkonflikt übernommen. Auch ohne jeglichen Antisemitismus ist es daher in der Nachschau fast undenkbar, dass ein Konflikt hätte vermieden werden können. Dass er massiv eskaliert ist und bis heute nicht gelöst ist, hat dagegen durchaus mit Antisemitismus zu tun.

Schon bald nach dem Beginn des britischen Mandats, um 1920, begannen die ersten gewalttätigen Übergriffe gegen jüdische Gemeinschaften im britischen Mandatsgebiet Palästina. Diese Angriffe verfolgten das Ziel, das jüdische Siedlungs- und Einwanderungsprojekt zu beschädigen oder zu beenden. Die Unterschiede zwischen tatsächlichen zionistischen Aktivist*innen und allen im Mandatsgebiet Palästina lebenden Jüdinnen_Juden verschwammen bereits hier. Der Konflikt ethnisierte sich, und aus „den Zionisten“ wurden als Feinde „die Juden“. Als die palästinensische Nationalbewegung dann Ende der 1920er-Jahre unter die Führung von Amin al-Husseini geriet, setzte dieser seinen ganzen Einfluss nicht nur für eine radikale antizionistische, sondern auch für eine radikal antisemitische Politik ein. Der Mufti belebte ältere muslimische Vorurteile gegen die Juden wieder und wurde ein glühender Verehrer Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologie. Mit dem Import dieser Ideologie und ihrer Assoziation mit der palästinensischen Sache legte er einen wichtigen Grundstein dafür, dass nach 1948 der Antisemitismus in der arabischen Welt explodierte. Seit den 1950er-Jahren und bis in die heutige Zeit zieht sich ein verschwörungstheoretischer Antisemitismus durch viele Diskurse der arabischen Welt.

Diese Ressentiments wiederum waren ein unmittelbarer Grund erstens für Migration, Flucht und Vertreibung von 850.000 Jüdinnen_Juden aus der arabischen Welt nach Israel, und zweitens für die Kompromisslosigkeit der arabischen Seite in den nächsten Jahrzehnten des Konflikts. Dennoch wäre es falsch, den Konflikt zuvorderst als einseitiges Phänomen von „Judenhass“ hier und „Selbstverteidigung“ dort zu sehen: An erster Stelle geht es um zwei Nationalbewegungen auf einem kleinen Territorium, die bis heute keinen Kompromiss gefunden haben.

Ist Israel ein Apartheid-Staat?

Der Vorwurf, Israel sei ein „Apartheid-Staat“ ist fast so alt, wie der jüdische Nationalstaat selbst. Zuerst erhoben haben ihn palästinensische Intellektuelle Ende der 1950er-Jahre. Später wurde er zum Teil des Kalten Krieges, als Israel und Südafrika vom sowjetischen Block und vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt zu Repräsentanten des westlichen, rassistischen Kolonialsystems erklärt wurden. Heute bezeichnen die beiden wichtigsten Menschenrechtsorganisationen der Welt, Amnesty International und Human Rights Watch, die israelische Herrschaft in den besetzten Gebieten als eine Form der „Apartheid“.

Doch was bedeutet überhaupt Apartheid?

Die Diskussion wird dadurch komplex, dass es zwei mögliche Bedeutungen gibt. Der Begriff kann sich auf die historische Apartheid in Südafrika beziehen, in der es Jahrzehntlang eine staatlich verordnete Segregation („Rassentrennung“, oder eben auf Afrikaans: Apartheid) in allen Bereichen der Gesellschaft gab, die es der weißen Minderheit ermöglichen sollte, Herrschaft über die Schwarze Mehrheit auszuüben. Die andere gängige Definition leitet sich aus dem Römischen Statut von 1998 ab (also der Gründungsurkunde des Internationalen Strafgerichtshofs), in der „das Verbrechen der Apartheid“ definiert wird als „unmenschliche Handlungen [...] die von einer ethnischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer ethnischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten“. In dieser Definition wird der Apartheid-Begriff nicht analog zur historischen Situation in Südafrika verwendet, sondern auf verschiedene Formen der ethnischen Unterdrückung ausgeweitert.

In den völkerrechtlichen Grenzen Israels trifft weder der eine noch der andere Vorwurf zu, obwohl er auch dort häufig erhoben

wird. In Israel herrscht individuelle Gleichberechtigung und ein weites Maß an politischer Freiheit für die nicht-jüdische Bevölkerung. Auf beruflicher Ebene gibt es keine Einschränkungen. Der Lebensstandard der israelischen Araber*innen ist nach dem der Golfstaaten der höchste in der Region. Auch die Identifikation der arabischen Bevölkerung mit dem Staat Israel ist immer weiter gewachsen, und erreicht mittlerweile in Umfragen klare Mehrheiten. In Bereichen wie Sport, Musik oder Unterhaltung werden arabische Personen stetig sichtbarer.

Ein „gleichberechtigtes“ Land ist Israel allerdings weder historisch noch gegenwärtig: In den ersten zwei Jahrzehnten nach der Staatsgründung waren Wahlrecht, Bewegungsfreiheit und Pressefreiheit für palästinensische Staatsbürger*innen Israels stark eingeschränkt. Der Staat führte systematische Enteignungen arabischer Bürger*innen durch, um ihr Land einwandernden Jüdinnen_Juden zu geben. Auch heute noch sind viele Aspekte des Lebens wie etwa das Bildungssystem stark von einer Trennung zwischen jüdischen und arabischen Israelis geprägt. Durch die freiwillige Wahl zwischen einem hebräischsprachigen und einem arabischsprachigen Schulsystem wurde zwar eine Zwangsassimilation der arabisch-palästinensischen Minderheit (wie im Fall der Kurd*innen in der Türkei) vermieden, gleichzeitig führen fehlende Hebräischkenntnisse unter israelischen Araber*innen häufig zu einem schwierigen Start ins vor allem hebräischsprachige Universitätssystem.

Relevanten politischen Einfluss hatten arabisch-palästinensische Politiker*innen in Israel eher selten, obwohl sie hohe Ämter bekleiden können. So gibt es mit Khaled Kabub einen arabischen Richter am Obersten Gerichtshof, und von 2021 bis 2022 war eine arabisch-islamische Partei unter Mansour Abbas Teil der israelischen Regierungskoalition. Obwohl in Israel nach dem 7. Oktober 2023 eine klare Solidarisierung über ethnische und religiöse Linien hinweg zu erkennen war, hat sich im derzeitigen

Krieg (Stand: September 2024) auch die bürgerrechtliche Lage der arabischen Bevölkerung wieder verschlechtert, was zu einem signifikanten Teil an der aktuellen Regierung liegt, in der sich zum Teil offene Rechtsextremisten in Schlüsselpositionen befinden. Eine Sonderrolle nimmt zudem das von Israel annektierte Ostjerusalem ein, wo ein Großteil der arabisch-palästinensischen Bevölkerung keine israelische Staatsbürgerschaft besitzt und diese nur mit Schwierigkeiten erwerben kann. Da diese Gebiete (auch wegen des Wahlboykotts durch die arabischen Bewohner*innen Jerusalems) keinen elektoralen Einfluss in der Stadtverwaltung von Jerusalem ausüben und langfristig dafür vorgesehen waren, an einen späteren palästinensischen Staat zurückzufallen, sind die von Israel bereitgestellte Infrastruktur und staatliche Dienstleistungen durchweg unter dem Niveau des mehrheitlich jüdischen Westjerusalem.

Der Apartheids-Diskurs trägt nicht dazu bei, die Lebensbedingungen der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten zu verbessern.

Vollkommen anders ist die Situation im besetzten Westjordanland. Rechte der Einwohner*innen sind nicht nur entlang von Staatsangehörigkeit unterschiedlich, sondern die Rechte und Möglichkeiten (z. B. auch Bewegungsfreiheit) der Palästinenser*innen sind je nach Status ihrer Wohngebiete fragmentiert und maßgeblich auch davon abhängig, zu welchem Grad Israel und insbesondere das israelische Militär oder die palästinensische Autonomiebehörde Souveränität oder Teil-Souveränität ausüben. Einen besonders starken Kontrast bildet das Gerichtssystem, wo Israelis zivilen Gerichten und Palästinenser*innen zum Teil militärischen Gerichten unterliegen.

Die israelische Seite hat sich in der Vergangenheit stets darauf berufen, dass die jahrzehntelange Militärherrschaft über die besetzten Gebiete auf die Bedrohung durch Terror-Anschläge und die mangelnde Kompromissbereitschaft der palästinensischen Elite zurückgeführt werden könne. Die Besatzung ist in dieser Lesart Ergebnis eines bisher unbeendeten Konfliktes. Das stellt auch bis heute die Position der deutschen Bundesregierung dar, ebenso wie vieler anderer Staaten. In der internationalen Staatengemeinschaft steht diese Darstellung der israelischen Militärherrschaft als „zeitlich begrenzt“ jedoch auf dem Prüfstand, insbesondere nach einem Rechtsgutachten des Internationalen Strafgerichtshof vom 19. Juli 2024, in dem die Besatzung scharf kritisiert und zu ihrer Beendigung aufgerufen wurde.

Die gegenwärtige israelische Rechte jedoch betont, die israelische Präsenz im Westjordanland sei keine „Besatzung“, sondern Ausdruck der unveräußerlichen Souveränität des jüdischen Volkes über sein biblisches Heimatland. Nach 50 Jahren Besatzung und Siedlungspolitik durch Israel kann auch in der Tat nicht mehr von einer „vorübergehenden militärischen Präsenz“ gesprochen werden. Vielmehr sind die Fragmentierung und Isolierung palästinensischer Gebiete durch den Bau israelischer Siedlungen und Infrastruktur, die ihrerseits auf den Schutz durch israelisches Militär angewiesen sind, von jeder israelischen Regierung unterstützt und fortgesetzt worden. Die Siedlerbewegung repräsentiert ausdrücklich einen israelischen Machtanspruch ohne palästinensisches Mitspracherecht auch im Westjordanland – und ist daher kein bloßer Ausdruck von Immobilienstreitigkeiten, ebenso wie die Kritik an ihr keineswegs der Wunsch nach einem „judenreinen Westjordanland“ ist. Der militante Flügel der Siedlungsbewegung nutzt zudem die systematische Machtasymmetrie im Westjordanland, um palästinensische Zivilist*innen ungestraft zu drangsalieren und – zunehmend seit Ausbruch des Gaza-Krieges 2023/24 – auch zu verletzen oder zu ermorden.

Wer daher einen breiten Apartheid-Begriff anwendet, der Situationen der nationalen Unterdrückung beschreibt, könnte die israelische Herrschaft über das Westjordanland damit analytisch erfassen – genauso wie die marokkanische Herrschaft über die Westsahara, die türkische Herrschaft über Nordkurdistan oder die chinesische Herrschaft über Tibet und Xinjiang. Auffällig ist dabei aber, dass dieser breite Apartheid-Begriff meist nur im Kontext von Israel / Palästina verwendet wird. Das rückt die Verwendung des Begriffs in ein politisiertes Licht.

Solange eine solche Begriffserweiterung nicht erfolgt und der Apartheid-Vorwurf ausschließlich gegen Israel verwendet wird, ist dieser Begriff daher analytisch unscharf und in seiner Verwendung problematisch.

Jenseits dieser tendenziösen Verwendung trägt der Apartheids-Diskurs nicht dazu bei, die Bedingungen der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten zu verbessern: Wer die Besatzung in Abwesenheit eines Friedensvertrags oder gar den Staat Israel selbst pauschal als „Apartheid“ beschreibt, möchte damit oft das zionistische Projekt delegitimieren – und stellt damit eine langfristige Friedenslösung zwischen zwei legitimen Nationalbewegungen in Frage.

„Der Israel-Palästina-Konflikt ist besonders blutig, alt und unlösbar“

Sowohl aus globaler Perspektive als auch im Hinblick auf den Nahen Osten ist der Israel-Palästina-Konflikt nicht der historisch blutigste Konflikt. Die Konflikte mit den meisten Todesopfern im Nahen Osten in den letzten hundert Jahren waren der zwischenstaatliche Iran-Irak-Krieg von 1980 bis 1988, die französische Niederschlagung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung von 1954 bis 1962, der Dafur-Genozid im Sudan in den 2000er-Jahren und die Bürgerkriege in Irak, Syrien und Jemen in den 2000ern und 2010ern. Von den Opferzahlen her steht der Israel-Palästina-Konflikt selbst unter Einbeziehung der aktuellen Opferzahlen in Gaza nicht an der Spitze der gewaltsamsten Konflikte der Region im letzten Jahrzehnt. Die Zahl der Gesamttopfer von ca. 1920 an wird (Stand September 2024) auf 100.000 bis 150.000 geschätzt. Damit steht der Konflikt, trotz der immensen Aufmerksamkeit und der politischen Implikationen für die ganze Region, eher am unteren Ende der Gewalt-Skala. Auch die Bedrohungen, unter denen beide Seiten leben, sind zwar durchaus spezifisch, fügen sich aber in das bedrückende Gesamtbild einer von Gewalt geprägten Region ein. Die in Israel permanent bestehende Bedrohung durch Angriffe, einschließlich des Terrors gegen die Zivilbevölkerung, ist auch in anderen Ländern der Region bekannt, wo jihadistische Gruppen den Staat in Frage stellen. Auch die palästinensische Existenz unter Besatzung ist nicht unvergleichlich – die Lage von Sahrawis in der marokkanisch besetzten Westsahara oder von Kurd*innen in Regionen der Türkei oder Syriens ist ebenso geprägt durch militärische Willkür und ethnische Unterdrückung.

Neben der Vorstellung, der Israel/Palästina-Konflikt sei besonders blutig, hält sich die hartnäckige Vorstellung, der Konflikt sei besonders „alt“, wobei dies häufig mit der Idee einhergeht, es handele sich beim Israel-Palästina-Konflikt quasi um einen Teil des „Schicksals“ der beiden Völker.

Sowohl die israelische Unabhängigkeitserklärung von 1948 als auch die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 behaupten, die konfliktbeladene Gegenwart sei nur eine Fortsetzung des in uralten Zeiten zurückreichenden Kampfes des jeweiligen Volkes um sein historisches Heimatland. Auf der jüdischen Seite ordnen viele Israelis den Konflikt in eine Kontinuität von judenfeindlichem Ressentiment seit über 2000 Jahren ein. Aus dieser Perspektive fügt sich der moderne Zionismus in den jahrhundertealten Wunsch nach jüdischer Rückkehr in das Land/Israel Palästina ein, der fest in der jüdischen Kultur- und Gebetspraxis verankert ist.

Im palästinensischen Narrativ gehört der Konflikt sowohl in eine Geschichte fremder Unterdrückungen des palästinensischen Volkes seit 3000 Jahren durch Fremdherrscher wie Römer, Kreuzfahrer und Osmanen, wie auch parallel in die Geschichte der islamischen Verwaltung und Herrschaft über die heiligen Stätten von Jerusalem und Hebron.

Faktisch hingegen handelt es sich beim Israel-Palästina-Konflikt aber um einen modernen Territorialkonflikt zwischen zwei Nationalbewegungen, dessen Ursprung auf das 19. Jahrhundert und die spätosmanische Zeit datiert werden kann, als die jüdische Einwanderung durch die erste und vor allem zweite Alija (Zuwanderungsbewegungen in den 1880ern und 1900ern) im Zuge der beginnenden zionistischen Bewegung zunahm. Gewalttätig wurde der Konflikt nach der Machtübernahme durch die britische Kolonialmacht um 1920. Der erste kriegsähnliche Ausbruch von Gewalt war die sogenannte Arabische Revolte 1936 bis 1939.

Beide Nationalbewegungen nutzen globale Solidaritäten, um ihre Seite im Konflikt als Teil eines größeren Ganzen zu zeichnen.

Religion spielt auf beiden Seiten trotz der heilsgeschichtlich aufgeladenen Diskurse eher eine instrumentelle Rolle, nicht zuletzt als Form der Mobilisierung. Zum einen berufen sich radikale Kräfte beider Seiten auf die religiöse Verpflichtung, Schutzmacht und Verwalter der heiligen Stätten in Jerusalem zu sein. Zum anderen nutzen beide Nationalbewegungen globale Solidaritäten, um ihre Seite im Konflikt als Teil eines größeren Ganzen zu zeichnen. Dies bezieht sich einerseits auf die weltweite jüdische Diaspora und auf sich ideologisch dem Zionismus verwandt sehende Bewegungen wie den christlichen Zionismus oder eine Idee des „wehrhaften Westens“ oder eines „indigen hinduistischen Indiens“ gegen den weltweiten Islamismus. Auf der anderen Seite ist es nicht nur die palästinensische Diaspora oder die arabische Welt, sondern die weltweite Gemeinschaft der Muslime, die als angeblich natürlicher Partner im Kampf für ihre Brüder und Schwestern um Solidarität angerufen wird. Auch die globale Linke im Kampf gegen „westlichen Kolonialismus“ ordnet sich selbst oft in solch ein globales Narrativ ein. In der Abgrenzung zu solchen Narrativen eines besonders alten Religionskonfliktes muss dabei festgehalten werden, dass der arabisch-israelische Konflikt ein außerordentlich moderner Konflikt ist, der erst Ende des 19. Jahrhunderts beginnt. Andere Konflikte in der Region sind ähnlich alt (oder besser: ähnlich modern), darunter der Kampf des kurdischen Volkes um Selbstbestimmung seit dem Ende des Osmanischen Reiches.

Nur in einem Aspekt ist der Israel/Palästina-Konflikt tatsächlich ganz besonders: Kaum ein anderer Konflikt hat über so lange Zeit eine so hohe Aufmerksamkeit hervorgerufen und wirkt so unlösbar – obwohl der Krieg mittlerweile weitgehend von einem israelisch-arabischen Konflikt auf einen israelisch-palästinensischen Konflikt reduziert wurde. Die Menge an internationaler Aufmerksamkeit und internationalen Ressourcen, die in Israel und Palästina investiert wurden, ist beispiellos. Das liegt in diesem Konflikt interesserweise weniger an geopolitischen Interessen, die den Konflikt am Laufen halten, sondern an den ideologischen Aufladungen, die häufig von außen auf den Konflikt projiziert werden. Extremist*innen auf beiden Seiten haben historisch gesehen nicht nur national, sondern auch international so viel Solidarität erfahren, dass sie nie dazu gezwungen waren, ihren Kurs zu ändern.

Unsere Aufgabe kann es daher nicht sein, uns einseitig mit den heilsgeschichtlichen oder nationalistischen Narrativen der einen oder anderen Seite zu identifizieren – nur die Anerkennung von legitimen Rechten auf Selbstbestimmung und Souveränität auf beiden Seiten bringt uns einer Konfliktlösung näher.

„Palästina gibt es nicht“

In der Diskussion um die Legitimität Israels und Palästinas wird oft mit historischen Traditionslinien argumentiert. Immer wieder werden beispielsweise Karten des historischen Königreichs Israel aus dem 1. Jahrhundert v.u.Z. geteilt, um zu beweisen, dass Jüdinnen_Juden ein Anrecht auf einen jüdischen Staat in der Region haben. Genauso argumentieren Unterstützer*innen eines palästinensischen Staates mit der historischen Verwurzelung der Palästinenser*innen in der Region. Immer wieder kommt es dabei vor, dass aus einer pro-israelischen Position heraus dem Wunsch nach einem palästinensischen Staat mit der Argumentation begegnet wird, einen „Staat Palästina“ habe es nie gegeben und Palästinenser*innen existierten daher nicht – bzw. seien von Jassir Arafat 1967 „erfunden“ worden, um Israel zu delegitimieren.

Tatsächlich ist es richtig, dass es historisch vor dem britischen Mandat nie einen „Staat Palästina“ gegeben hatte. Was also ist das „historische Palästina“ – und wer sind die Palästinenser*innen?

Der Begriff „Palästina“ geht zurück auf die Bezeichnung des Siedlungsgebietes der Philister vor allem um den heutigen Gaza-Streifen, wie sie beispielsweise beim griechischen Geschichtsschreiber Herodot zu finden ist. Seitdem ist sie primär eine europäische Bezeichnung. So benannten die Römer nach der Niederschlagung des jüdischen Bar-Kochba-Aufstandes (132-136 n.u.Z.) die Provinz Iudaea in Syria Palaestina um. Auch europäische Kreuzfahrer bezogen sich auf das Gebiet mit dem Begriff „Palästina“. Während der arabisch-islamischen und später osmanischen Zeit fand der Begriff weniger Anwendung.

Die Region war jahrhundertelang Teil des Osmanischen Reiches, in welchem das Land Israele / Palästina in wechselnde Provinzen unterteilt war. In dieser Zeit lebte eine Bevölkerung in Palästina, die fast vollständig das levantinische Arabisch als Muttersprache sprach und mehrheitlich muslimisch war – mit einer bedeutenden christlichen Gemeinschaft und kleineren jüdischen, samaritanischen und drusischen Minderheiten. Einigen Mythen zum Trotz war diese Bevölkerung auch nicht bis ins 20. Jahrhundert sehr klein und wuchs auch nicht erst durch arabische Migration aus anderen Regionen an.

Als politische Einheit wurde das moderne Palästina erst durch die britische Kolonialmacht nach dem Ersten Weltkrieg erschaffen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war das Land Israel / Palästina politisch eingeteilt in die Provinz (Vilayet) Beirut und den Landkreis (Sandzak) Jerusalem. Als politische Einheit wurde das moderne Palästina erst durch die britische Kolonialmacht nach dem Ersten Weltkrieg erschaffen. Die heutigen Grenzen von Israel / Palästina entstanden 1923 durch die Abtrennung des heutigen Jordaniens vom Mandatsgebiet Palästina.

Die Bevölkerung des Landes Israel / Palästina hatte jedoch bereits im 19. Jahrhundert eine bestimmte, lokale Identität, die über Stammeszugehörigkeiten hinausging, nämlich eine Selbstwahrnehmung als die Bevölkerung des Heiligen Landes. Viele Christ*innen, Jüdinnen_Juden und Muslim*innen in der Region um Jerusalem und Hebron definierten sich durch ihre Verbindung zu diesen beiden heiligen Stätten. Die politischen Loyalitäten und Identitäten der Menschen waren damals grundsätzlich nicht so klar definiert wie es heute in einem Nationalstaat als selbstverständlich erscheint: Man konnte sich gleichzeitig als z. B. christlich (oder muslimisch), osmanisch, arabisch und zugehörig zu einem bestimmten Stamm oder einer Stadt definieren.

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts kam die entstehende arabische Nationalbewegung Palästinas auf. Diese forderte zunächst keinen Staat, sondern war eine Bewegung für die Wiederbelebung der arabischen Kultur und gegen die Marginalisierung arabischer Provinzen im Osmanischen Reich. Sie legte einen Grundstein dafür, dass eine gebildete Schicht begann, sich politisch an erster Stelle als „Araber“ zu sehen.

Nach dem Beginn der zionistischen Siedlung und Einwanderung begann diese Schicht – zwischen 1900 und 1910 – ihre eigene Identität stärker auf Palästina zu fokussieren, das zum Ziel der zionistischen Besiedlung geworden war. Der Grundgedanke dieser Identität war die Vorstellung, dass die indigene arabische Mehrheitsbevölkerung des Landes Israel / Palästina das selbstverständliche Recht auf politische Selbstbestimmung besitze. Das heißt: Die moderne palästinensische politische Identität hat ihre wichtigste Wurzel in der Gegenreaktion gegen den Zionismus. Doch es wäre falsch, daraus abzuleiten, dass diese Identität „weniger legitim“ sei als andere Nationalitäten. Auch andere moderne Nationalbewegungen sind als Gegenreaktion gegen die Wahrnehmung von Bedrohung oder Fremdbestimmung entstanden – darunter die kurdische, die italienische, die deutsche und nicht zuletzt die jüdisch-zionistische Nationalbewegung, die sich im Staat Israel ausdrückt.

Die um 1910 im Osmanischen Reich entstehende politische Identität der urbanen Mittelschichten war die der Araber Palästinas. Dieser Kern ist bis heute stabil geblieben. Deshalb kann man davon sprechen, dass die moderne palästinensische Identität heute ungefähr 115 Jahre alt ist. Dennoch hat sie verschiedene Wandlungen erfahren.

Zunächst einmal war, wie in allen Prozessen der Nationsbildung, die Verankerung dieser Identität nötig. Die meisten Menschen, ob Bauern oder Beamte, kommen nicht von selbst auf die Idee, sich plötzlich ausschließlich einer Nation verpflichtet zu fühlen, wenn sie vorher andere, diversere Identitäten hatten. Dieser Prozess der Nationsbildung begann in Palästina mit der ersten Solidarisierung zwischen ländlichen Unterschichten und urbanen Schichten gegen die zionistische Siedlungs- und Einwanderungstätigkeit um 1905, und endete mit dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948. In der Zwischenzeit war eine Menge Zeit und Gewalt nötig, um einen annähernden Konsens innerhalb der arabischen Bevölkerung Palästinas zu schmieden. In der arabischen Revolte von 1936 bis 1939 beispielsweise ließ der Großmufti von Jerusalem Amin al-Husseini Hunderte Palästinenser*innen umbringen, die seinen Zielen widersprochen hatten. Trotzdem zogen sich einzelne Gruppen wie die Drusen schon ab den späten 1930ern aus dem arabisch-palästinensischen Projekt auf eine neutrale Rolle zurück.

Über lange Zeit herrschte dabei keine einheitliche Position hinsichtlich der Frage, welche politische Ausrichtung ein souveränes arabisches Volk in Palästina einschlagen sollte. In den 1920er-Jahren waren Vorstellungen dominant, Palästina solle Teil eines großsyrischen Staates werden. In den 1930er- und 1940er-Jahren strebte die Führung der palästinensischen Nationalbewegung die Gründung eines palästinensischen Staates im ganzen ehemaligen britischen Mandatsgebiet an. Nach 1948 war für zwei Jahrzehnte der Pan-Arabismus dominant, der einen Staat vom Irak bis Marokko erträumte. Nach 1967 dagegen setzte sich erneut die Idee eines palästinensischen Staates durch, nun immer im Spannungsfeld zwischen der Idee eines palästinensischen Staates „neben Israel“ und eines „anstelle von Israel“. Auch heute gibt es durchaus palästinensische Islamist*innen, die Nationalstaaten ablehnen und daher keinen palästinensischen Staat wünschen, sondern ein Kalifat.

Die Rechte des palästinensischen Volkes auf Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung beruhen in jedem Fall nicht auf dem Datum, an dem seine moderne politische Identität entstanden ist.

Wir sehen also, dass die Behauptung, die Palästinenser seien als Volk erst nach der Gründung Israels „erfunden“ worden, definitiv falsch ist. Es stimmt allerdings, dass die moderne palästinensische Identität vor allem als Gegenreaktion zum Zionismus entstanden ist. Die Rechte des palästinensischen Volkes auf Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung jedoch beruhen in jedem Fall nicht auf dem Datum, an dem seine moderne politische Identität entstanden ist.

„Erst der Zionismus brachte die Wüste zum Blühen“

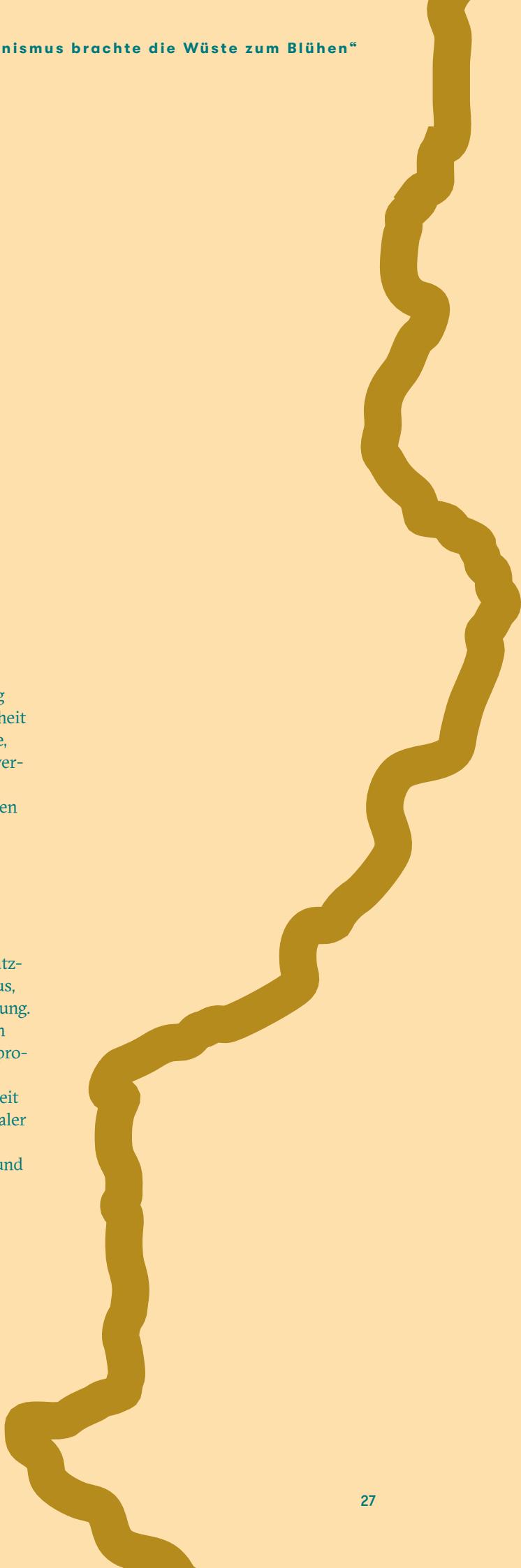


Ein zentrales Narrativ des Zionismus insbesondere vor der Staatsgründung Israels war die Vorstellung, dass das Land Israel / Palästina eine „unbewohnte Wüste“ oder „Sumpflandschaft“ gewesen sei, die erst seit dem Beginn des zionistischen Projekts „zum Blühen gebracht“ worden sei. Dieses Narrativ hat einerseits ideologische und andererseits wirtschaftshistorische Hintergründe.

Es bedient zunächst auf der ideologischen Ebene das Ideal der bäuerlichen Bevölkerung in den neubegründeten jüdischen Kibbutzim als Kern der Nation, welches der Zionismus den damals gängigen europäischen Nationalismen entnommen hatte, und war zugleich eine direkte Gegenbewegung gegen die durch Ghettosierung und Diskriminierung unter Zwang entstandene, urban geprägte europäisch-jüdische Kultur. Darin zeigt sich gut die doppelte Natur des Zionismus als eines klassischen Nationalismus, der jedoch als Reaktion auf massive Unterdrückung entstand.

Andererseits rekurst die Idee von der „zum Blühen gebrachten Wüste“ auch auf die nachweisbare Effizienz der jüdisch-zionistischen Agrikultur im Vergleich zu der viel ärmeren arabischen Landbevölkerung. Die zionistische Bewegung verfügte im Vergleich zu diesen über ein Vielfaches an finanziellen Ressourcen und zudem über eine klare gemeinsame Motivation. Diese Differenz wurde auch von der zionistischen Bewegung immer wieder angeführt, um den angeblich höheren Anspruch des jüdischen Volkes auf das Land zu belegen: An der technischen Überlegenheit der jüdischen Landwirtschaft zeige sich ihre tiefer empfundene „Liebe“ zum Land und außerdem ihr höherer zivilisatorischer Status.

Tatsächlich war die Vorstellung vom Land Israel / Palästina als einem vernachlässigten Ödland vor dem Zionismus historisch nicht zutreffend, wenngleich das Land arm und daher auch im Vergleich zu europäischen oder osmanischen Kerngebieten dünn besiedelt war. Die Region verfügte über eine funktionierende Wirtschaft, die sich in einem mühsamen Prozess der Modernisie-



rung befand. Auch wenn mit der zionistischen Einwanderung und ihren Aufforstungs- und Agrikulturprojekten mit Sicherheit ein riesiger Beitrag zum Reichtum des Landes geleistet wurde, trägt dieses Narrativ dennoch klar koloniale Züge. Bis heute verwenden Teile der Siedlerbewegung die höhere Prosperität in israelischen Siedlungen als Rechtfertigung dafür, ihren ärmeren arabischen Nachbarn Land wegzunehmen.

**Velleicht können zwei
widersprüchliche Narrative auch
gleichzeitig wahr sein:**

Die unternommenen Anstrengungen zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung des Landes Israel / Palästina stehen für Idealismus, Motivation und Zugehörigkeitsgefühl der zionistischen Bewegung. Diese wollte sich eine funktionierende Nation als Schutzraum gegen Verfolgung aufbauen. Von den Früchten dieser Arbeit profitieren heute tatsächlich noch beide Seiten – Israelis und Palästinenser*innen. Die frühe zionistische Wirtschaftstätigkeit steht zugleich für ein Muster von ökonomischer und territorialer Verdrängung, welches zur Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung als der wirtschaftlich und damit auch politisch und militärisch unterlegenen Gruppe führte.

„Israelische Juden sind ‚weiße Europäer‘“

„Go back to Poland“ – trotz unklarer Herkunft ist dieser gehässige Spruch seit ungefähr einem Jahr insbesondere in den sozialen Medien häufig als anti-israelische Parole zu lesen. Seine Implikation: Die israelischen Juden sind eigentlich weiße Europäer – und damit grundsätzlich fremde Siedler im Nahen Osten. Eine andere bekannte Variation des gleichen Motivs ist der Hinweis auf die im regionalen Vergleich angeblich hohen Zahlen von Hautkrebs in Israel, die zeigen sollen, dass die jüdische Bevölkerung „nicht indigen“ in dem Land sei.

Bei diesem Narrativ handelt es sich erstens um eine Wahrnehmungsverzerrung hinsichtlich der demographischen Zusammensetzung der israelischen Bevölkerung. Bei knapp mehr als der Hälfte der israelischen Jüdinnen_Juden handelt es sich um Misrachim, also Jüdinnen_Juden aus der arabischen Welt bzw. den mehrheitlich muslimischen Staaten Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Ein Großteil der israelischen Jüdinnen_Juden hat daher überhaupt keinen Bezug zur europäisch-jüdischen Diaspora. Die Einwanderung dieser Gruppen erfolgte aus Ländern wie Syrien, Irak oder Jemen als Resultat von Flucht und Vertreibung nach dem Anwachsen des Antisemitismus in der arabischen Welt nach der Staatsgründung Israels 1948. Zum Teil migrierten die Juden der arabischen Welt, so beispielsweise aus Marokko oder Tunesien, auch aufgrund wachsender politischer (lies: judenfeindlicher) und wirtschaftlicher Unsicherheit in diesen Ländern im Zeitalter der Dekolonialisierung. Im Falle der zahlreichen jüdischen Bevölkerung Nordafrikas waren es zudem gerade die Ärmsten, die nach Israel gingen. Die Wohlhabenderen gingen in die USA oder nach Frankreich. Diejenigen Misrachim, die nach Israel gegangen sind, stellen dort heute gemeinsam mit israelischen Araber*innen eine Mehrheit von knapp 60 Prozent der Bevölkerung.

Was die tatsächliche, für die Gründung des Staates Israel bedeutendere Einwanderung aus Europa angeht, ist die Situation

zweitens komplizierter. Die wichtigsten Themen sind in Streitpunkt Nummer 1.2 bereits abgehandelt: der Frage nach der „siedlerkolonialen Natur“ des Zionismus. Darin wurde herausgearbeitet, dass das Verhältnis der zionistischen Bewegungen zum Kolonialismus sehr ambivalent war, da sich sowohl koloniale, antikoloniale, als auch post-koloniale Elemente feststellen lassen.

Ein Großteil der israelischen Jüdinnen_Juden hat überhaupt keinen Bezug zur europäisch-jüdischen Diaspora.

Davon abgesehen kann man die unter vielfältigen Diskriminierungen und Antisemitismus leidenden Jüdinnen_Juden Mittel- und Osteuropas, die die große Mehrheit der zionistischen Gründungsgeneration stellten, nicht einfach als „weiß“ betrachten. Die an einer „Color Line“ orientierte Unterteilung in „weiß“ und PoC [People of Color] ist insbesondere in osteuropäischen Kontexten weniger relevant als in den USA, von wo viele zeitgenössische anti-rassistische Diskurse importiert werden. Für den Antislawismus und Antisemitismus der NS-Ideologie war nicht die Hautfarbe von Pol*innen und Jüdinnen_Juden entscheidend. Davon abgesehen war ein entscheidendes Vorurteil gegen das jüdische Volk in Europa zur damaligen Zeit gerade die Vorstellung, dass sie keine Europäer*innen seien, sondern ein „innerer Orient“. Nach den damaligen Vorstellungen ihrer eigenen Herkunftsregionen waren europäische Jüdinnen_Juden daher eben gerade nicht „weiß“. Wer heute also israelischen Jüdinnen_Juden unterstellt, sie seien „weiß“ und müssten zurück nach Europa, dreht diese antisemitische Vorstellung in gewisser Weise einfach um. Dazu kommt noch die – faktisch korrekte – jüdische Selbstwahrnehmung, ein Volk mit Wurzeln (und weiterhin lebendigen

Gemeinschaften!) im Nahen Osten zu sein. Diese Faktoren beeinflussten auch die zionistische Selbstwahrnehmung, dass die Siedlung in Palästina eine „Heimkehr“ sei, und man selbst daher kein „weißer Kolonisator“.

Daher bleibt neben dem historischen Rückblick als wichtigster Punkt als Antwort auf die Frage, ob Israelis weiße Siedler*innen sind, noch ein Blick auf die derzeitige Gesellschaft und Kultur Israels. Diese sind offensichtlich nicht „weiß“ im Sinne von „europäisch-westlich“. Küche, Musik und Alltagskultur sind von nahöstlichen Einflüssen maßgeblich geprägt. Während in den ersten Jahrzehnten der Existenz Israels noch eine erst an Europa und dann an den USA orientierte europäische Hochkultur insbesondere in den Eliten dominierte, ist in den letzten Jahrzehnten eine klare kulturelle „Levantinisierung“ des Landes zu beobachten. Das Bewusstsein, als Staat Israel nicht ein kulturelles Anhängsel Europas und der USA zu sein, sondern ein kultureller Teil der Region, ist deutlich gewachsen. Auch viele Politikwissenschaftler*innen aus Israel selbst haben mittlerweile darauf hingewiesen, dass auch die politische Verfasstheit Israels – keine Trennung von Religion und Staat, starke Rolle des Militärs, ethnische Konflikte und ungeklärte Grenzen – eher mit nahöstlichen Nachbarländern vergleichbar ist als mit europäischen oder nordamerikanischen Staaten.

Die Idee eines „weißen“ Israels ist daher ein Mythos.

Diskutabel ist höchstens, inwieweit rechte Kräfte sowohl in Israel wie auch in den USA und Europa zunehmend die Idee vertreten, Israel sei Speerspitze einer „westlichen“ Zivilisation gegen die islamische Welt. Diese Theorie kann man aber gerade dann gut widerlegen, wenn man auf die gar nicht immer „westlich“-europäische, sondern stattdessen ziemlich nahöstliche Verfasstheit der israelischen Gesellschaft hinweist.

8.1 „From the River
to the Sea“

8.2 Die „roten Hände“

8.3 „Yallah, Yallah, Intifada“

Arabisch من النهر إلى البحر min an-nahr ila-l-bahr; Hebräisch מִן הַנָּהָר אֶל הַיָּם Min-ha-nahar ad la-yam.

„From the River to the Sea, Palestine will be Free“. Die PLO („Palästinensische Befreiungsorganisation“) verwendete diesen Slogan ab den 1960ern, um zur „Befreiung“ des Gebiets zwischen Jordan und Mittelmeer aufzurufen. Der Spruch zielt auf das Ende eines jüdischen Staates und spricht Israel das Existenzrecht ab.

Die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll, oder was Israel ersetzen soll, wird in dem Spruch jedoch nicht festgelegt, und kann verschieden interpretiert werden:

Stellt man sich darunter eine „Einstaatenlösung“ unter arabisch-palästinensischer Dominanz vor? Eine „Eliminierung vom Fluss bis zum Meer“ der anderen Bevölkerungsgruppe? Eine utopische Koexistenz in einem Land? Oder eine Konföderation? Gerade diese Vieldeutigkeit macht ein zentrales Problem der Parole aus: Sie vereint verschiedene Ideologien – von linkem Utopismus bis zu jihadischem Vernichtungswahn – unter einem unreflektierten Dach. Das ist keine Stärke dieser Parole, sondern äußerst gefährlich und muss problematisiert werden. Ein tatsächlich auf Koexistenz ausgelegter Slogan würde solche (mindestens) Ambivalenzen ausschließen.

Das zweite Problem ist die Idee eines alleinigen Anspruchs auf das gesamte Territorium durch eine Seite, was das Recht der anderen negiert. 2017 übernahm die Hamas die Parole in ihr Grundsatzpapier. Der in der Hamas-Charta von 1988 formulierte Anspruch auf das gesamte Gebiet des historischen Palästinas blieb unverändert und wurde nun mit geografischen Angaben versehen. In Artikel 20 der Charta heißt es: „Hamas lehnt jede Alternative zu einer kompletten und vollständigen Befreiung von Palästina ab, vom Fluss zum Meer“.

Auch in Israel ist die Parole „vom Fluss bis zum Meer“ mit einer nicht unähnlichen Bedeutungsebene verbreitet. Sie findet sich 1973 in der Gründungscharta des Likud, der seitdem erfolgreichsten politischen Partei Israels. Auch andere Politiker*innen verwendeten diesen, teils abgewandelten, Satz. So bezog sich Gideon Saar 2018 darauf mit der Aussage Israel müsse „vom Fluss bis zum Meer“ in jüdischer Hand bleiben. Die aktuelle israelische Regierung betonte entsprechend 2022 in ihrem Koalitionsübereinkommen, dass das „ganze Land Israel“ dem jüdischen Volk „gehöre“.

Damit ist die Parole der bekannteste Ausdruck des zentralen Problems in diesem Konflikt: der Aberkennung des Rechtes der anderen Seite auf Selbstbestimmung.



Die roten Hände



Ab November 2023 begannen manche Teilnehmer*innen von Demonstrationen gegen Israel bzw. die israelische Kriegsführung in Gaza als Symbol ihre rot gefärbten Handflächen zu zeigen. In Deutschland erreichte das Symbol erstmals breitere Aufmerksamkeit durch eine Sitzblockade an der Universität der Künste in Berlin am 13. November 2023. International größere Aufmerksamkeit erregte es als Revers-Pin einer „roten Hand“, getragen von Hollywoodstars während der Oscar-Verleihung am 10. März 2024. In beiden Fällen gaben die Verwendenden die gleiche Bedeutung des Symbols an: „Ihr (Institutionen und Regierungen, die Israel unterstützen) habt Blut an den Händen.“ Sie verwiesen darauf, dass dieses optisch sehr auffällige Symbol bereits während des Irakkrieges von der amerikanischen Antikriegsbewegung verwendet worden sei, ebenso im Iran von der Jin-Jiyan-Azadi-Bewegung. Außerdem sei es aktuell das Symbol der UNICEF-Kampagne gegen Kindersoldaten.

Schon bald wurde in den sozialen Netzwerken und auch in einigen Medien allerdings die Behauptung laut, die „rote Hand“ sei in Wahrheit ein Geheimsymbol und stünde für Gewalt gegen Jüdinnen_Juden. Was hatte es damit auf sich?

Im Jahr 2000, während der Zweiten Intifada, ermordete eine Menschenmenge in Ramallah zwei israelische Soldaten der Reserve in einer Polizeistation. Die beiden Männer hatten sich verfahren und waren von der palästinensischen Polizei verhaftet worden. Einer der Täter, ein junger Mann, hielt danach seine vom Blut der Soldaten rot gefärbten Hände aus einem Fenster der Menschenmenge hin und wurde fotografiert. Dieses Foto erlangte in der Folge eine gewisse Bekanntheit in Israel und in israelsolidarischen Kreisen.

Auf welchen Beweisen gründete nun die Idee, dass es sich bei der „roten Hand“ um eine absichtliche Anspielung auf dieses Foto handelte? Tatsächlich auf gar keinen. Der inhaltlich sehr schwerwiegende Vorwurf, Leute würden sich bewusst oder unbewusst mit Symbolen des blutigen Judenmordes schmücken, wurde zu keinem Zeitpunkt belegt. Denn anders als im Falle der „roten Hand“ aus dem Bereich des Menschenrechts-Aktivismus findet sich für die „rote Hand“ von Ramallah keine Geschichte einer abstrahierten Verwendung als Symbol, weder im englischen noch im arabischen Diskurs. Der Vorwurf gründete daher lediglich auf der visuellen Ähnlichkeit, während die Verteidigung auf eine klare symbolische Herkunftsgeschichte verweisen konnte. Zudem wird damit unterstellt, dass das außerhalb Israels eher unbekannte Foto zumindest den Erfinder*innen des Symbols bekannt gewesen sein muss – ebenfalls eine unbelegte Unterstellung.

Das gleiche gilt für noch unbekanntere historische Quellen, die die „rote Hand“ als Symbol eines antijüdischen Pogroms im Irak von 1942 platzieren. Daher kann maximal noch der Vorwurf gelten, dass sich an diesem Symbol die mangelnde Sensibilität der pro-palästinensischen Bewegung für kollektive Traumata und das historische Gedächtnis der anderen Seite zeige. Dieser Vorwurf ist zwar in vielen Fällen gerechtfertigt. Doch im Falle der „roten Hände“ ist selbst das fraglich: Am 27. April 2024 begannen einige Familien von in Gaza gefangen gehaltenen israelischen Geiseln selbst die „rote Hand“ als Symbol auf ihren Demos für einen Geisel-Deal zu verwenden. „Blut an den Händen“ hatte für sie die Netanjahu-Regierung, die die Geiseln ihrem Schicksal überließ. Dass die „rote Hand“ der pro-palästinensischen Bewegung von 2023 ein Symbol des Judenmordes sei, kann daher getrost ins Reich der Verschwörungstheorien verwiesen werden.

„Yallah, Yallah, Intifada“ bedeutet „los, los, Intifada“, und ist daher die Aufforderung zu einer „Intifada“. Auf propalästinensischen Demonstrationen in Deutschland wie auch in anderen Ländern war die Parole seit dem 7. Oktober 2023 immer wieder zu hören.

Was ist eine Intifada und was bedeutet dieser Spruch? Intifada bedeutet auf Arabisch etwas wie „Aufstand“, abgeleitet von der Wortbedeutung des Abschüttelns. In das internationale Wörterbuch der Politik wurde der Ausdruck mit der sogenannten Ersten Intifada, einem palästinensischen Aufstand in Gaza und dem besetzten Westjordanland von 1987, aufgenommen. Sie folgte auf mehrere Jahrzehnte des faktischen Stillstandes in der Verbesserung politischer Rechte der Palästinenser*innen unter israelischer Besetzung. Ihr hauptsächlicher Ausdruck waren Massendemonstrationen, Streiks und Gewalt durch Steinwürfe oder Menschenmengen gegen israelische Soldat*innen und zum Teil auch Zivilist*innen. Obwohl die israelische Armee mit brutaler Gewalt reagierte, wurde die Erste Intifada auch von vielen Israelis als legitimer Widerstand gegen eine unterdrückende Besetzung interpretiert. Sie führte zu einer Wiederbelebung der palästinensischen Nationalbewegung sowohl auf gesell-

schaftlicher als auch intellektueller Ebene, und war einer der Hauptgründe, warum in Israel Anfang der 1990er-Jahre eine linke Regierung unter Jitzchak Rabin gewählt wurde, die mit der PLO den Osloer Friedensprozess begann. Trotzdem war sie ein gewaltsames Ereignis, bei dem über hundert israelische Zivilist*innen und weit über 1000 palästinensische Zivilist*innen starben.

Eine vielleicht noch einschneidendere Wirkung für den Konflikt hatte die Zweite Intifada von 2000 bis 2005. Nach dem Stocken und vorläufigen Ende der Friedensverhandlungen zwischen der israelischen Regierung und der PLO in Camp David im Jahr 2000 begann ein erneuter Aufstand in Gaza und dem Westjordanland. Der wurde dieses Mal allerdings stärker von politischen Organisationen wie Fatah und Hamas angeführt und war weniger spontan. Vor allem aber standen diesmal Selbstmordattentate gegen israelische Zivilist*innen, die vor allem von der Hamas durchgeführt wurden, im symbolischen Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese in Israels Kernland durchgeföhrten Angriffe töteten ca. 700 Zivilist*innen, führten zu einem weitgehenden Zusammenbruch der israelischen Linken und waren ein Hauptfaktor in der seitdem anhaltenden Hegemonie der Rechten in der israelischen Politik. Allzu deutlich ging es bei diesen

Angriffen nicht um eine Zwei-Staatenlösung, sondern um die Zerstörung Israels.

Der Ruf nach Intifada ist seitdem zu einem globalen Erkennungssystem insbesondere der linken Palästina-Solidarität geworden. Angesichts der markanten terroristischen Gewalt gegen Zivilist*innen und des Zusammenbruchs des Friedensprozesses auch infolge der zweiten Intifada, ist diese Neigung nur als katastrophal zu bezeichnen. Unabhängig davon, wie einfach oder schwer eine Lösung in einem asymmetrischen Konflikt gegen Israel aus Sicht der palästinensischen Seite möglich ist: Die Strategie der wahllosen Gewalt gegen Zivilist*innen darf und wird nie zum Erfolg führen. Wer in Deutschland nach einer „Intifada“ ruft in einer Zeit, in der diese mit islamistischen und mörderischen Gruppen wie der Hamas oder dem islamischen Jihad verbunden ist, schadet damit letztendlich beiden – Jüdinnen/Juden in Israel wie Palästinenser*innen in Palästina und trägt zur immer weiteren Verschärfung des Konflikts bei. Solches Verhalten sollte daher nicht geduldet werden, falls wirklich Frieden und nicht die Zerstörung einer der beiden Seiten im Zentrum steht.

„Yallah,
Yallah,
Intifada“

Literatur

- Asseburg, Muriel (2021): Palästina und die Palästinenser. Verlag C.H.Beck, München.
- Asseburg, Muriel/Busse, Jan (2016): Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven. Verlag C.H.Beck, München.
- Berendsen, Eva/Schnabel, Deborah (2024): Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Analyse & Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank. Frankfurt am Main. www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/die-tiktok-intifada-der-7-oktober-die-folgen-im-netz
- Brenner, Michael (2023): Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. Verlag C.H.Beck, München.
- Brenner, Michael / Becke, Johannes / Daniel Mahla (2020). Israel-Studien. Geschichte, Methoden, Paradigmen. Wallstein, Göttingen.
- Jansen, Jan C./Osterhammel, Jürgen (2013): Dekolonisation. Das Ende der Emperien. Verlag C.H.Beck, München.
- Morris, Benny (2023): 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg. Henrich & Henrich, Leipzig
- Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan C. (2012): Kolonialismus. Geschichte, Forme, Folgen. Verlag C.H.Beck, München.
- Penslar, Derek Jonathan (2007): „Is Zionism a Colonial Movement?“ In Israel in History. The Jewish State in Comparative Perspective, 90–111. Routledge, London/New York.
- Segev, Tom (2005): Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels. Siedler, München.
- Segev, Tom (2007): 1967. Israels zweite Geburt. Siedler, München.
- Segev, Tom (2008): Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, Siedler, München.
- Segev, Tom (2018): David Ben Gurion: ein Staat um jeden Preis, Siedler, München.
- Ufuq.de/KN:IX (2024): Über Israel und Palästina sprechen. Der Nahostkonflikt in der Bildungsarbeit. Arbeitshilfe: www.ufuq.de/publikation/nahostkonflikt-schule/
- Peter Ullrich/Sina Arnold/Anna Danilina/Klaus Holz/Uffa Jensen/Ingolf Seidel/Jan Weyand (2024): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Antisemitismus. Wallstein, Göttingen.
- Zadoff, Noam (2023): Geschichte Israels. Von der Staatsgründung bis zur Gegenwart. Verlag C.H.Beck, München.

Impressum

Eine Broschüre der Bildungsstätte
Anne Frank

Konzeption/Text
Johannes Becke, Tom Khaled Würdemann,
Janis Detert und Samuel Stern

Korrektorat
Marie-Sophie Adeoso

Gestaltung
Pixelgarten, Frankfurt

© Bildungsstätte Anne Frank 2024

Bildungsstätte Anne Frank
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

T 069 560 00-0
M info@bs-anne-frank.de
→ www.bs-anne-frank.de

-  bsannefrank
-  bsannefrank
-  bildungsstaette.anne.frank
-  BS_AnneFrank
-  Bildungsstätte Anne Frank
-  bs-anne-frank

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.